

Gesundheitspolitik – quo vadis?

Gesundheitspolitik ist ein komplexes Thema und provoziert oft politischen Populismus. Die Volksinitiative mit dem verlockenden Titel «Für tiefere Prämien – Kostenbremse im Gesundheitswesen» kommt beispielsweise bisher in der Bevölkerung sehr gut an. Erste Hochrechnungen sprechen bereits von über 80 Prozent Zustimmung. Das finden wir sehr beunruhigend, denn in Tat und Wahrheit werden sture Planwirtschaft sowie willkürliche und ethisch heikle Rationierung mittels Globalbudgets gefordert.

Hohe Gesundheitskosten sind ein grosses Problem, und steigende Krankenkassenprämien belasten den unteren Mittelstand. Deshalb hat der Kantonsrat Zürich bereits in der letzten Legislatur das Einführungsgesetz zum Krankenversicherungsgesetz einstimmig angenommen. Bei der individuellen Prämienverbilligung (IPV) steht nun denjenigen mehr Geld zur Verfügung, die wirklich darauf angewiesen sind. Die Abkehr vom unliberalen Giesskannenprinzip hin zur Unterstützung von wirklich Bedürftigen ist bekanntlich ganz in Sinne der Zürcher FDP. Im Gegenzug erhalten nun also Personen keine IPV mehr, wenn sie ein grosses Einkommen haben, aber bisher IPV aufgrund von Steueroptimierungen bezogen haben oder wenn sie als erwachsene Kinder vermögender Familien noch in Ausbildung sind. Dass der Kanton Zürich 2019 fast 1 Mrd. Steuer-gelder alleine für IPV ausgibt, ist aber dennoch bemerkenswert. Darum sollte als Nächstes überprüft werden, welche Leistungen zu welchem Preis für die Gesundheitsversorgung wirklich nötig sind.

Bei der Volksinitiative «Kostenbremse im Gesundheitswesen» wird zwar der Preis hinterfragt, aber leider zu einem ungezielten Kahlschlag von medizinischen Leistungen angesetzt. Die Initianten verlangen vom Bund nicht genauer definierte Spar-massnahmen, wenn die Gesundheitskosten stärker steigen als das Einkommen. Zusammengefasst führt die vorgeschlagene Kostenbremse zu einem Gesundheitsglobalbudget. Es wird überstürzt und willkürlich definiert, bei welchen Leistungen gespart werden soll. Soll sich beispielsweise ein Hausarzt gegen das Jahresende plötzlich fragen: «Welchem Patienten soll ich empfehlen, die eigentlich nötige Hüftoperation aufzuschieben?»

Es liegt in der Natur des Gesundheitswesens, dass es schon heute nicht immer den Gesetzen des freien Marktes folgen kann. Mit der vorliegenden Initiative wird aber eine Planwirtschaft ausgelöst, welche ohne Rücksicht auf die Bedürfnisse und Umstände von Patientinnen und Patienten mit

einem stur einkommensabhängigen Mechanismus bei den Kosten durchgreifen will. Das ist nicht ziel-führend.

Folgende Massnahmen zur Kostendämmung sind nach unserer Ansicht sinnvoller: Kritisches Hinterfragen der medizinischen Leistungen im Grundleistungskatalog, Initiativen wie «smarter medicine», Förderung von «patient empower-ment», einheitliche Finanzierung von ambulanten und stationären Leistungen, Anpassung der Tari-fierung ohne Fehlanreize für stationäre Leistungen, Aufklärung und Eigenverantwortung bei der Prä-vention.

Die FDP soll und muss den Lead übernehmen für eine nachhaltige, auf Effizienz und Qualität ausgerichtete Gesundheitspolitik, bei welcher die Leistung und der Patient und nicht Bürokratie und Fehlanreize im Mittelpunkt stehen!

Dr. med. Bettina Balmer-Schiltknecht
Kantonsrätin FDP

Prof Dr. Dr. med. Frank Rühli
Präsident Gesundheitskommission FDP Schweiz



Dr. med. Bettina
Balmer-
Schiltknecht



Prof Dr. Dr. med.
Frank Rühli